

Hessen

Kurzportrait

Größe 21.115 km²

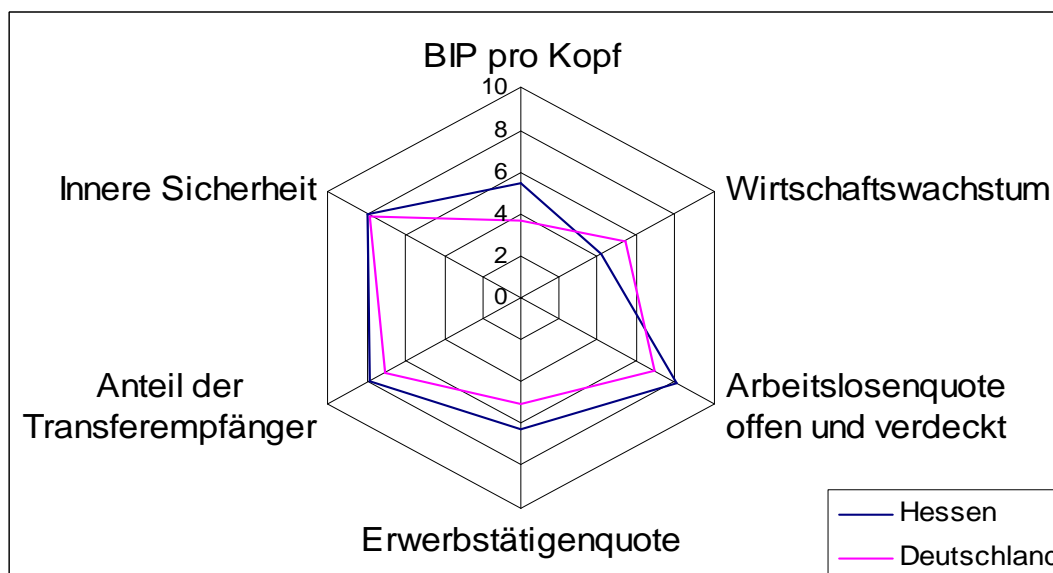
Landesregierung

1991-1999: SPD/ Die Grünen

1999-2003: CDU/ FDP

2003-2008: CDU

	1998	2001	2004	2006
Einwohner in Mio.	6,032	6,068	6,089.	6,092
Einwohnerdichte je km ²	286	287	288	289
Registrierte Arbeitslosigkeit in %	10,0	7,4	9,1	10,4
Offene und verdeckte Arbeitslosigkeit in %	11,0	8,4	9,7	10,9
BIP-pro-Kopf in €	29 900	30 500	32 600	33 600
Wirtschaftswachstum in %	2,9	1,5	0,8	2,1



Ausgangssituation

[Hohes BIP dank starkem Finanzsektor]

„Ich kenne ein Land, so reich und so schön...“. Der Anfang der hessischen Landeshymne scheint heute mehr denn je zuzutreffen. So weist Hessen zum einen das unter allen Flächenländern höchste Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und zum anderen eine attraktive Landschaft und zahlreiche historische Bauwerke auf. Auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist ver-

gleichsweise gut. Eine niedrige Arbeitslosenquote (offen und verdeckt), relativ wenige Transferempfänger und eine hohe Erwerbstätigenquote zeichnen das zentral gelegene Bundesland aus. Das hohe BIP ist nicht zuletzt auf den für Hessen besonders gewichtigen Dienstleistungsbereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen“ zurückzuführen. So ist Hessens einwohnerstärkste Stadt Frankfurt Deutschlands größter Finanz- und Bankenstandort. Der ausgeprägte Dienstleistungssektor des Landes bleibt jedoch hinter den Wachstumsraten zurück, die in den Boombranchen des industriellen Sektors in Deutschland derzeit erzielt werden. Hinzu kommt, dass das Produzierende Gewerbe, welches ohnehin lediglich einen relativ geringen Anteil an der hessischen Wirtschaft einnimmt, ebenfalls nur unterdurchschnittlich wächst.

Einkommen

[trotz mangelnder Dynamik dritthöchstes BIP pro Kopf]

Bei der Zielgröße „Bruttoinlandsprodukt pro Kopf“ liegen nur die Stadtstaaten Hamburg und Bremen vor Hessen. Im aktuellen Beobachtungszeitraum konnte die wirtschaftliche Dynamik jedoch nicht überzeugen, so dass es für Hessen im Zielgrößenbereich „Einkommen“ lediglich für das Mittelfeld reicht. Im Aktivitätsbereich „Einkommen“ befindet sich Hessen im grünen Bereich. Analog zu den Ergebnissen bei den Zielgrößen ist Hessen beim Aktivitätsniveau „BIP pro Kopf“ das zweitbeste Land, liegt beim Aktivitätsniveau „Wirtschaftswachstum“ jedoch nur auf dem neunten Platz.

[Niedriger Schuldenstand]

Für die hessische Wachstumsschwäche im aktuellen Beobachtungszeitraum lässt sich nicht der Schuldenstand des Landes verantwortlich machen. Denn Hessen gehört sowohl beim Wirkungsfaktor „Schuldenstand je Einwohner“ mit ca. 4.700 Euro (8,27 Punkte), als auch bei den Zinsausgaben je Einwohner (8,14 Punkte) zu den Besten vier. Nur Bayern und Sachsen, die beide schon jetzt ohne Neuverschuldung auskommen, sowie Baden-Württemberg schneiden hier besser ab. Dem Beispiel der beiden Freistaaten will auch die hessische Landesregierung bald folgen und bis 2011 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Gute Voraussetzungen dafür hätte Hessen eigentlich. So weist es unter den Flächenländern die höchsten Steuereinnahmen je Einwohner auf. Allerdings fließt ein nicht unerheblicher Teil der überdurchschnittlichen Einnahmen über den Länderfinanzausgleich ab. Im aktuellen Beobachtungszeitraum wendet nur Hamburg je Einwohner mehr für den Länderfinanzausgleich auf. Am aktuellen Rand des Beobachtungszeitraums zahlt Hessen pro Kopf sogar am meisten. Umso positiver ist der eingeschlagene Konsolidierungskurs zu bewerten, mit dessen Hilfe Spielraum für zukünftige Investitionen geschaffen wird. Dass dieser Spielraum in Zukunft nicht durch übermäßige Pensionsverpflichtungen wieder eingeengt wird, stellt Hessen vor allem durch die niedrigste Rate öffentlicher Beschäftigung je Einwohner sicher (10 Punkte).

[Sanierung des Landeshaushalts durch Privatisierung...]

Zur Sanierung des hessischen Landeshaushalts wurden neben einschneidenden Sparmaßnahmen, wie der Operation „Sichere Zukunft“, auch zahlreiche zuvor im Landesbesitz befindliche Grundstücke und Gebäude an private Investoren veräußert und wieder angemietet. Diese Praxis wird neben dem einmaligen Geldsegen aus solchen Verkäufen damit begründet, dass die privaten Investoren die notwendigen Investitionen für eine bessere Bewirtschaftung leich-

ter aufbringen können und somit eine höhere Flexibilität in der Büroflächennutzung gewonnen wird. Schon im Jahr 2004 hat Hessen für 3,5 Mrd. Euro die Wohnungsgesellschaft Gag-fah mit 80.000 Wohnungen an die amerikanische Beteiligungsgesellschaft Fortress verkauft und hiermit eine Vorreiterrolle übernommen. Ein Teil der Verkaufserlöse floss in den Fonds „Zukunftsoffensive Hessen“ für Bildung, Wissenschaft und Infrastruktur.

[...und Teilprivatisierung]

Einsparungen von rund 660.000 Euro pro Jahr strebt Hessen mit der ersten Teilprivatisierung eines Gefängnisses in Deutschland an. In der 502 Haftplätze umfassenden Justizvollzugsanstalt sollen maßgebliche Teile des Betriebs, soweit rechtlich zulässig, auf private Betreiber übertragen werden. Diese stellen beispielsweise Putzfrauen, das Küchenpersonal oder Psychologen. Die Gesamtverantwortung für die Anstalt bleibt jedoch ebenso wie die Verantwortung für die Sicherheit allein in staatlicher Hand.

[Erste privatisierte Uni-Klinik]

Auch die erste privatisierte Uni-Klinik befindet sich in Hessen. Die Mitte 2005 fusionierten Universitäts-Kliniken Gießen und Marburg gehören seit Anfang 2006 zur Rhön-Klinikum AG. Diese hatte sich beim Kauf zu Investitionen in Höhe von 367 Mio. Euro für Um- und Neubauten sowie für ein neues Zentrum zur Tumorbekämpfung verpflichtet. Heute liegen lediglich fünf Prozent der Geschäftsanteile bei der öffentlichen Hand, welche hierdurch Forschung und Lehre schützt. Das Land hat sich außerdem dazu verpflichtet, aus dem Verkaufserlös von 112 Mio. Euro 100 Mio. Euro für eine Stiftung bereitzustellen, mit deren Erträgen Forschung und Lehre an den beiden Standorten dauerhaft gefördert werden sollen. Zudem untersteht das wissenschaftliche Personal auch weiterhin den Universitäten Marburg und Gießen und nicht der Rhön-Klinikum AG.

[weiteres Privatisierungspotential...]

Weiteres Potenzial für Privatisierungen besteht bei den Hessischen Staatsweingütern im Rheingau. Rein ökonomisch spricht eigentlich nichts für ein staatliches Engagement in diesem Bereich. Jedoch sollte sich der öffentliche Sektor zunehmend auf seine Kernkompetenzen beschränken. Dies gilt auch für Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Sachsen sowie Sachsen-Anhalt, die ebenfalls über staatliche Weingüter verfügen.

[...in der Forstwirtschaft]

Insbesondere in Hessen bietet sich darüber hinaus noch die Möglichkeit zur Veräußerung von staatlichem Waldbesitz. Denn im walddreichsten Bundesland sind rund 40 Prozent der Wald-

fläche im Besitz des Landes, 35 Prozent gehören den Kommunen, während private Forstigentümer nur auf 25 Prozent Waldanteil kommen. Im deutschen oder europäischen Durchschnitt sieht dies ganz anders aus. So sind in Europa 65 Prozent des Waldes in Privateigentum und nur 10 Prozent in kommunalem Besitz. Da die staatliche Forstverwaltung defizitär arbeitet, konnte das Land trotz der steigenden Preise für fossile Energieträger und der damit einhergehenden zunehmenden Nachfrage nach Holz keine Gewinne erwirtschaften. Auch ein drastischer Personalabbau und Strukturreformen im Zuge der Gründung des Landesbetriebs Hessen-Forst konnten hieran nichts ändern. Dennoch ist die öffentliche Hand als mit Abstand größter Eigentümer eher noch an Zu- als an Verkäufen von Waldflächen interessiert.

[Handlungsbedarf bei Investitionen]

Die durch eine Veräußerung der Staatsweingüter und von Teilen des Landeswaldes freiwerdenden Mittel wären effizienter in Zukunftsinvestitionen angelegt. Der 13. Platz bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung (3,61 Punkte) dokumentiert, dass hier Handlungsbedarf besteht. Auch beim Wirkungsfaktor „Investitionsausgaben je Einwohner“ besteht noch Verbesserungspotenzial. Hier landet Hessen unter den westdeutschen Bundesländern im hinteren Mittelfeld.

[Vorreiterrolle bei Deregulierung]

Positiv sind die Deregulierungsmaßnahmen des Landes zu bewerten. So hat Hessen zahlreiche Verwaltungsvorschriften und Rechtsverordnungen außer Kraft gesetzt und alle neuen Gesetze auf fünf Jahre begrenzt. Nachdem Hessens Ministerpräsident Roland Koch bei der Föderalismusreform I maßgeblich mitgewirkt hat, machte er auch gleich Gebrauch von der neu gewonnenen Freiheit für die Länder. So wurden die Ladenöffnungszeiten von Montag bis Freitag komplett freigegeben. Hierdurch wird dem Einzelhandel eine größere Flexibilität ermöglicht.

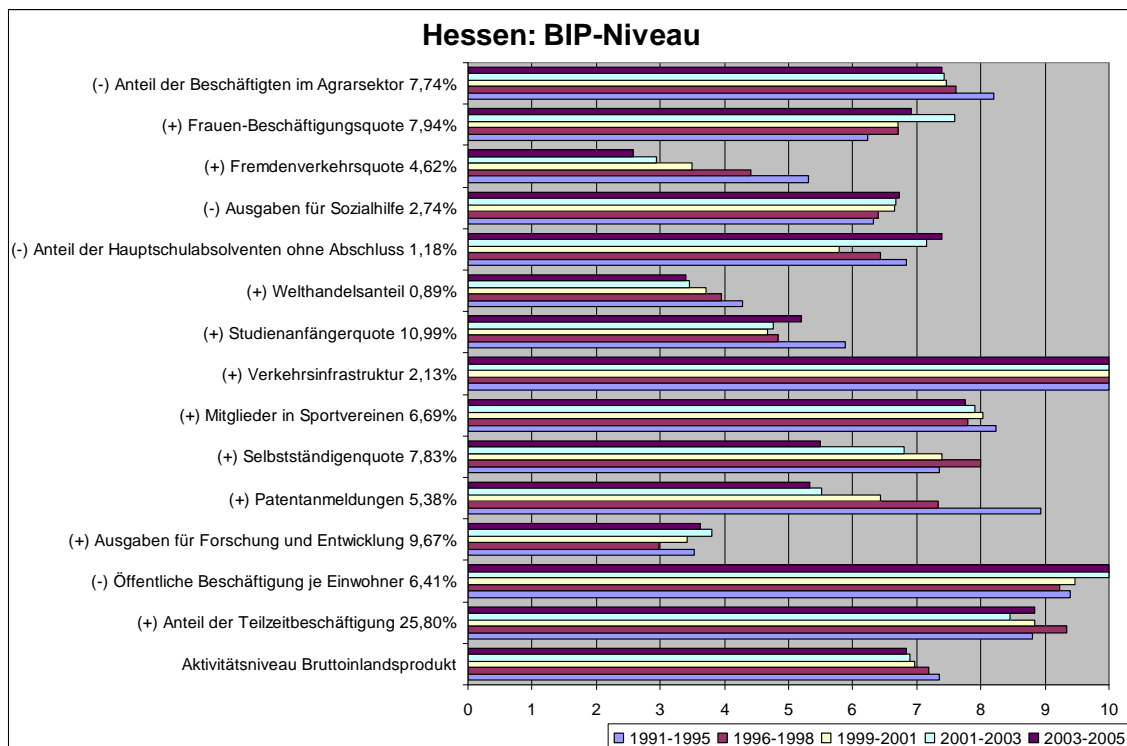
[Dezentrale Lösungen]

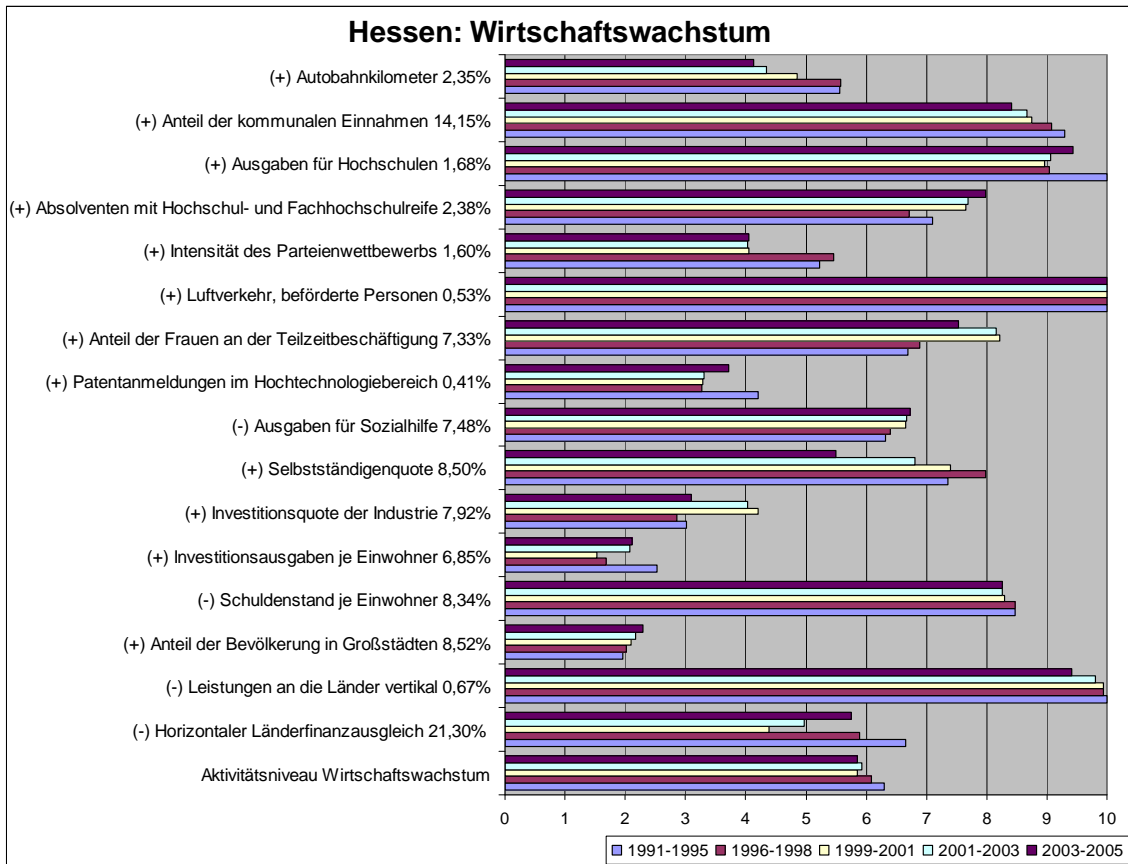
Auch was die Kommunen betrifft, scheinen dezentrale Lösungen in Hessen einen hohen Stellenwert zu genießen. Die relativ gute finanzielle Stellung der hessischen Kommunen zeigt sich im deutschlandweit zweithöchsten Haushaltsanteil der Kommunen am Gesamthaushalt des Landes. Unsere ökonomischen Untersuchungen legen nahe, dass fiskalische Dezentralisierung die regionale Entwicklung und damit das Wirtschaftswachstum im ganzen Land fördert. Die Kommunen können im Allgemeinen am besten einschätzen, welche Chancen sie haben und wie sie ihre Mittel am effizientesten einsetzen. Die bessere Informationslage der Kommunen bezüglich der Gegebenheiten vor Ort, kommt auch der Betreuung von Langzeit-

arbeitslosen zu Gute. Die Resultate der hierfür von der Hälfte der hessischen Landkreise und kreisfreien Städte im Zuge der Hartz IV-Reform übernommenen Zuständigkeit sind noch abzuwarten.

[erster Platz im Bereich Luftverkehr]

Beim Wirkungsfaktor „Luftverkehr, beförderte Personen“ belegt Hessen mit zehn Punkten klar den ersten Platz. Der Frankfurter Flughafen ist nicht nur der deutschlandweit größte seiner Art, sondern mit 68.000 Beschäftigten auch die größte Arbeitsstätte in ganz Deutschland. Mit knapp 53 Millionen Passagieren im Jahr 2006 liegt er deutlich vor dem zweitplatzierten Münchner Flughafen (ca. 31 Mio. Passagiere). Angesichts des weltweit steigenden Flugverkehrsaufkommens, stößt der Frankfurter Flughafen mittlerweile an seine Kapazitätsgrenzen. Aufgrund dessen wurde nach langen Verhandlungen zwischen dem Flughafenbetreiber Fraport AG und der Celanese AG die Verlagerung des Chemiewerks Ticona vereinbart, um so den Weg für einen Ausbau des Flughafens freizumachen. Der Ausbau ist eine Voraussetzung, um langfristig im Wettbewerb der internationalen Luftdrehkreuze zu bestehen und das Potenzial des Frankfurter Flughafens als Job- und Wachstumsmotor für die Region auszuschöpfen.





Beschäftigung

[Gute Arbeitsmarktperformance]

Im Zielgrößenbereich „Beschäftigung“ befindet sich Hessen im grünen Bereich. Sowohl die geringe Arbeitslosenquote als auch der hohe Erwerbstätigenanteil tragen dazu bei. Trotz der relativ guten Arbeitsmarktlage sollten die Aktivitäten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht vernachlässigt werden (elfter Platz). Beim Aktivitätsniveau „Erwerbstätigkeit“ steht Hessen demgegenüber an dritter Stelle. Insgesamt reicht es auch im Aktivitätsbereich „Beschäftigung“ für den grünen Bereich.

[starker Dienstleistungssektor, hohe Frauen-Beschäftigungsquote]

Der hessische Arbeitsmarkt ist überdurchschnittlich vom Dienstleistungssektor geprägt. Nur in den Stadtstaaten sowie in den industrieschwachen Ländern Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sind anteilig mehr Menschen im tertiären Sektor beschäftigt. Ob Zeitarbeitsfirmen, Büroberufe, unternehmensnahe Dienstleistungen, das Gesundheitswesen oder der Handel, in all diesen Bereichen arbeiten trotz vieler Veränderungen immer noch mehr Frauen

als Männer. Dies ist ein Grund für die relativ hohe Frauen-Beschäftigungsquote, bei welcher Hessen mit 6,91 Punkten an fünfter Stelle liegt. Zu einer weiter steigenden Partizipation von Frauen am Berufsleben könnten die familienpolitischen Aktivitäten der Landesregierung führen. So sollen durch ein beitragsfreies letztes Kindergartenjahr und einen Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige Familien gefördert und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert werden. Zu letzterem kann auch eine Teilzeitbeschäftigung beitragen, wobei Hessen mit 8,85 Punkten den vierthöchsten Anteil der Teilzeitbeschäftigung aufweist.

[Lange Verfahrensdauern]

Eine weitere Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt könnte durch eine Beschleunigung der Verfahrensdauern der Arbeitsgerichtsbarkeit erreicht werden. Mit 2,31 Punkten landet Hessen beim entsprechenden Wirkungsfaktor nur auf dem vorletzten Platz. Lange Verfahrensdauern erhöhen den impliziten Kündigungsschutz und führen dazu, dass die Unternehmen eher vorsichtig einstellen.

[Frühe (Sprach-) Förderung]

Was die Bildungspolitik und damit die wichtigste Grundlage für Beschäftigung betrifft, stellt Hessen mittlerweile schon früh die Weichen. Ein knappes Jahr vor der Einschulung muss jedes Kind einen Sprachtest absolvieren. Treten dabei deutliche Defizite zu Tage, so wird den Eltern geraten, ihr Kind in einen der landesweit angebotenen vorschulischen Sprachkurse zu schicken. Die meisten Eltern kommen dieser Empfehlung nach. Inzwischen verfolgen auch andere Länder, wie Baden-Württemberg, Berlin und Nordrhein-Westfalen, diese Strategie. Durch das Sprachförderprogramm „Deutsch & PC“ werden Schüler mit unzureichenden Deutschkenntnissen nach der Schulanmeldung, falls nötig, über mehrere Schuljahre parallel zum Klassenverband in Kleingruppen gefördert. Zusätzlich werden in der Grundschule ähnlich wie bisher bei Schreib- und Leseschwächen nun auch Schüler mit ausgeprägten Schwächen beim Rechnen erfasst und individuell gefördert.

[Handlungsbedarf im Bildungssektor]

Mit der „Unterrichtsgarantie plus“ soll der Ausfall von Schulstunden reduziert werden. Der zehnte Platz beim Wirkungsfaktor „Erteilte Unterrichtsstunden je Schüler“ (3,65 Punkte) zeigt, dass hier Handlungsbedarf besteht. Vor allem erwerbstätige Eltern sollen sich darauf verlassen können, dass ihr Kind auch bei kurzfristigen Ausfällen von Lehrkräften in der Schule betreut wird. Der hierzu erforderliche Vertretungspool besteht überwiegend aus qualifizierten Personen mit pädagogischem Hintergrund, beispielsweise ehemaligen Lehrern, Lehramtsstudenten oder Referendaren. Zur Sicherstellung des Projekts verfügen die Schulleiterinnen

und Schulleiter eigenständig über ein Budget und stellen Vertretungskräfte ein. Bleibt zu hoffen, dass die ergriffenen Maßnahmen helfen den Anteil der Hauptschulabsolventen ohne Abschluss noch weiter zu verringern. So erreicht Hessen beim gleichnamigen Wirkungsfaktor aktuell mit 7,39 Punkten zwar den höchsten Punktwert all seiner Beobachtungszeiträume, landet aber dennoch im innerdeutschen Vergleich nur auf dem zehnten Platz.

[Hohe Abiturientenquote und gute Studienbedingungen]

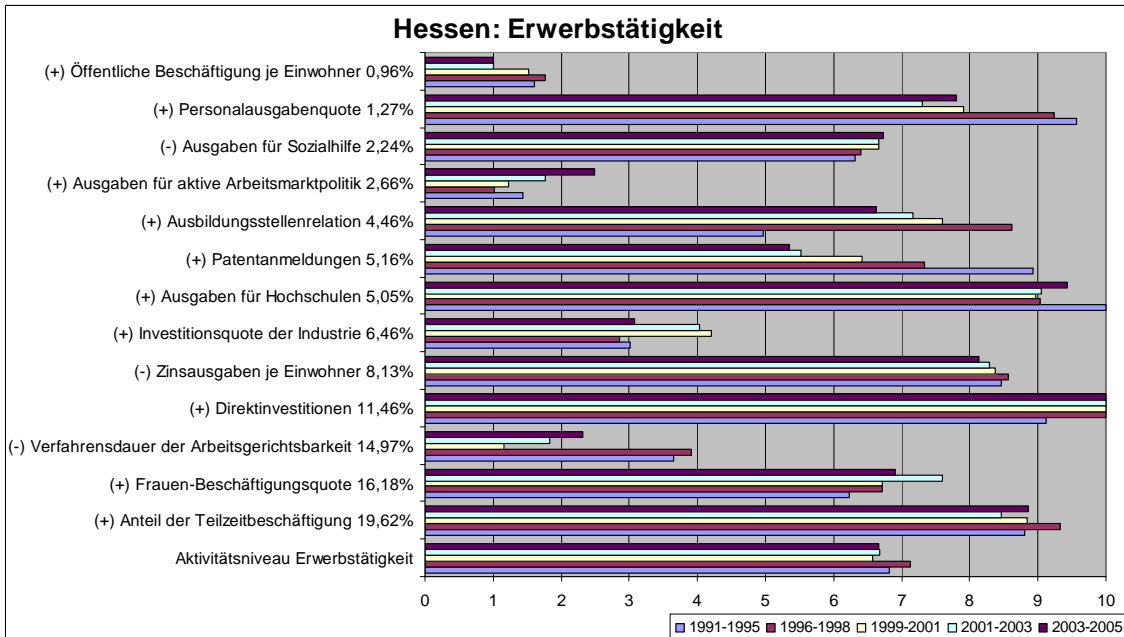
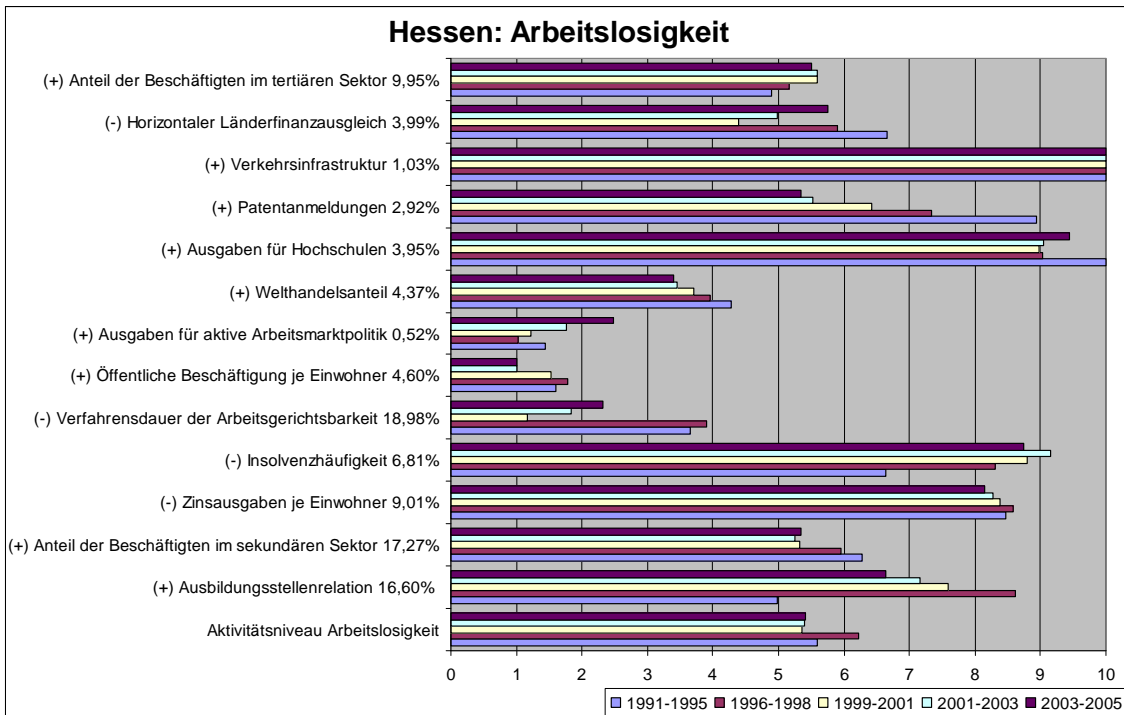
Ein besserer Vergleich des Leistungsniveaus der hessischen Schulen und einheitliche Anforderungen an die Schüler sollen mit dem neuen Zentralabitur gewährleistet werden. Im aktuellen Beobachtungszeitraum (noch ohne Zentralabitur) belegte Hessen bei den Absolventen mit Hochschul- und Fachhochschulreife den dritten Platz (7,98 Punkte). Die gute Platzierung bei diesem Wirkungsfaktor wirkt sich wiederum positiv auf die Studienanfängerquote aus (vierter Platz). Die Verkürzung der gymnasialen Ausbildung auf acht Jahre zusammen mit der Umstellung der bestehenden Studiengänge in die Bachelor- und Masterstruktur ermöglicht in Zukunft bei einem Bachelor-Abschluss einen deutlich früheren Einstieg in das Berufsleben als bisher. Dies könnte zukünftig noch mehr Schulabgänger zu einem Studium motivieren. Auch der zweite Platz beim Wirkungsfaktor „Ausgaben für Hochschulen“ (9,43 Punkte) dürfte ein Studium in Hessen attraktiv machen. Darüber hinaus sollen die zum Wintersemester 2007/2008 erstmalig erhobenen Studiengebühren zu einer weiteren Qualitätsverbesserung der Lehre beitragen.

[Zu wenig Ausbildungsstellen]

Was die berufliche Ausbildung betrifft, besteht in Hessen jedoch noch Verbesserungspotenzial. So kamen im Schnitt der Jahre 2003 bis 2005 auf 100 Ausbildungswillige nur 93,8 Ausbildungsplätze. Beim Spitzenreiter Baden-Württemberg wies die Ausbildungsstellenrelation einen Wert von 99,4 auf. An den beruflichen Schulen tut sich indes einiges. So soll es im Berufsgrundbildungsjahr verpflichtende Betriebspraktika und eine Abschlussprüfung einschließlich einer Projektprüfung geben. Allgemein soll ein stärkerer Praxisbezug die Chancen von Berufsschülern auf dem Arbeitsmarkt verbessern.

[Wenig Insolvenzen, hohe Direktinvestitionen]

Insgesamt macht die hessische Wirtschaft einen gesunden Eindruck. Dies zeigt sich unter anderem darin, dass nur Baden-Württemberg und Bayern beim Wirkungsfaktor „Insolvenzhäufigkeit“ besser abschneiden und somit in Hessen (8,74 Punkte) vergleichsweise wenige Arbeitsplätze durch Insolvenzen verloren gehen. Beim Wirkungsfaktor „Direktinvestitionen“ führt Hessen sogar einsam das Feld an (10 Punkte).



Sicherheit

[Wenig Transferempfänger]

Im Zielgrößenbereich „Sicherheit“ liegt Hessen im grünen Bereich. Dies ist hauptsächlich dem relativ geringen Anteil von Transferempfängern geschuldet. Bei der Zielgröße „nicht aufgeklärte Straftaten“ ist Hessen nur etwas besser als der Durchschnitt. Allerdings lässt der vierte Platz bei den diesbezüglichen Aktivitäten zukünftig auf noch mehr Sicherheit für die Bürger hoffen. Das Aktivitätsniveau „Transferempfänger“ ist demgegenüber unterdurchschnittlich. Hier sollte Hessen trotz seines guten Abschneidens bei der Zielgröße „Anteil der Transferempfänger“ nicht nachlässig werden. Insgesamt befindet sich Hessen im Aktivitätsbereich „Sicherheit“ aber im grünen Bereich.

[Viele Drogentote]

Nur die Stadtstaaten und Nordrhein-Westfalen, das allerdings auch den für ein Flächenland größten Anteil an Bevölkerung in Großstädten aufweist, haben mehr Drogentote je eine Millionen Einwohner zu verzeichnen. Die häufigste Todesursache ist hierbei der Konsum von Heroin. Um dem entgegenzuwirken, will die Stadt Frankfurt am Main weiterhin Heroin an Schwerstabhängige abgeben, da sie dies als einzige Möglichkeit sieht, den kleinen Kreis schwerkranker Süchtiger doch noch aus der Abhängigkeit herauszubekommen.

[Erfolge mit der Schleierfahndung]

Viel verspricht sich Hessen auch von der sogenannten Schleierfahndung, von der es regen Gebrauch macht. Bei der verdachtsunabhängigen Kontrolle von Fahrzeugen und deren Insassen auf Autobahnen und Bundesstraßen wurden bislang mehr als 1.500 polizeilich gesuchte Personen gefasst und zudem rund 12.600 Ermittlungsverfahren eingeleitet. Neben dem unmittelbaren Erfolg erhofft sich das Land hiervon auch eine abschreckende Wirkung.

Um die hohe Zahl an Wohnungseinbrüchen in Frankfurt zu verringern, wurde am 1. Juni 2004 die hierauf spezialisierte Arbeitsgruppe Domus gegründet. So konnte die Zahl der Einbrüche binnen eines Jahres um 30 Prozent reduziert werden. So konnte Frankfurt zwar seinen Abstand zu anderen deutschen Großstädten verringern, bleibt jedoch mit 16.378 Straftaten pro 100.000 Einwohner weiterhin die Großstadt mit den meisten Straftaten.

[Verstärkte Integrationsbemühungen notwendig]

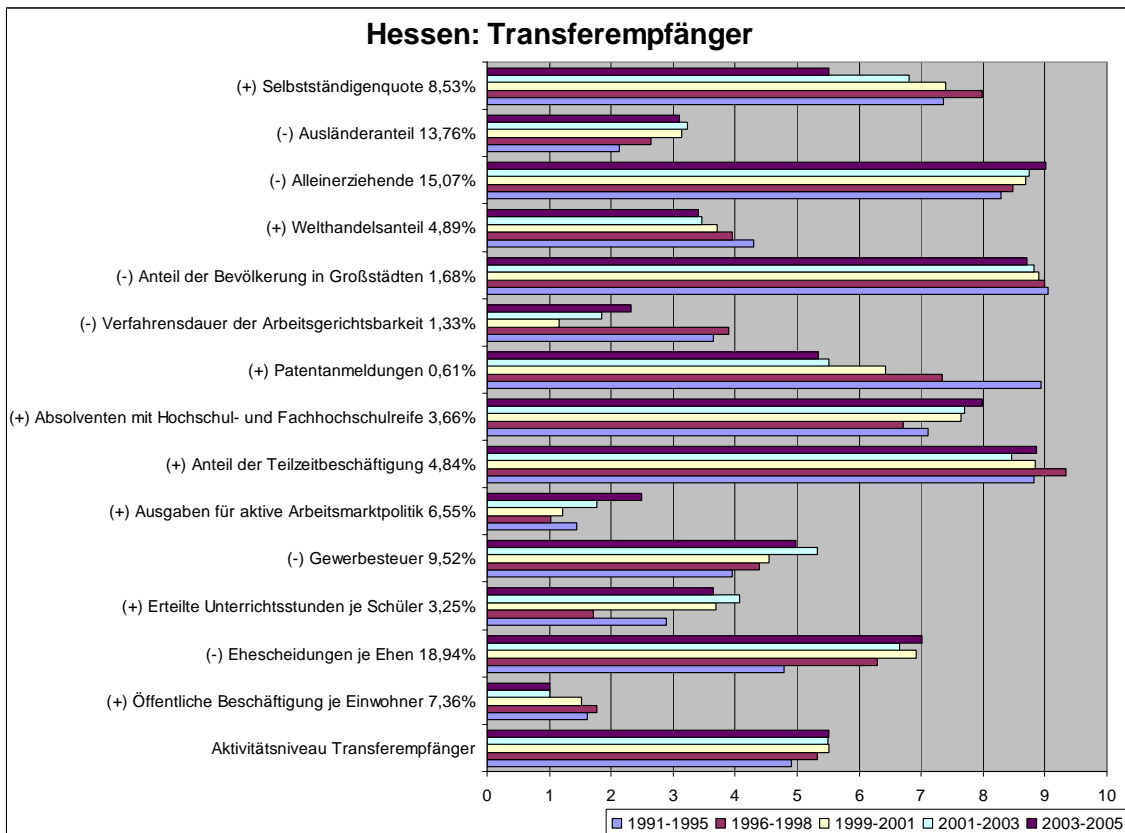
Um die Auswirkungen, die ein relativ hoher Migrantenanteil sowohl auf die innere als auch auf die soziale Sicherheit mit sich ziehen kann, abzumildern, sind in Hessen verstärkte Anstrengungen bei der Integration von Ausländern erforderlich. Erste richtige Schritte wurden bereits unternommen. Insbesondere die im vorherigen Abschnitt erwähnte frühzeitige Reaktion auf Sprachprobleme ist ein wichtiger Baustein für eine bessere Integration.

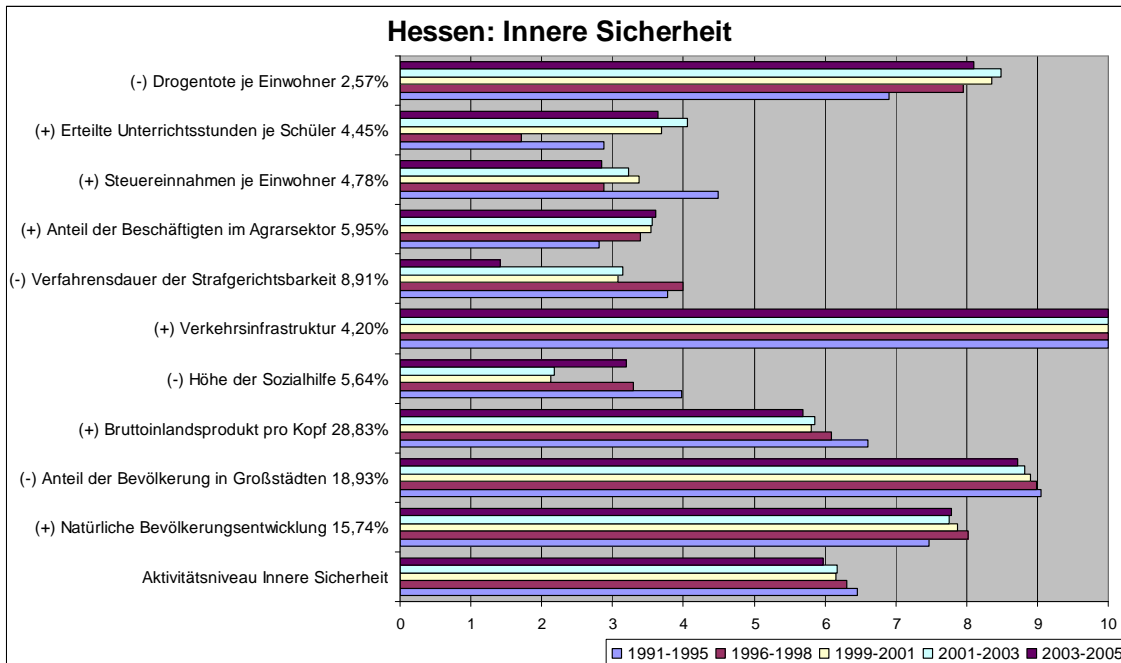
[Verfahrensdauer verkürzen]

Weitere Bemühungen sind auch beim Wirkungsfaktor „Verfahrensdauer der Strafgerichtsbarkeit“ dringend zu empfehlen, denn hier schneidet Hessen mit 1,42 Punkten am schlechtesten ab. Durch einen schnelleren Abschluss von Strafprozessen kann den Gesetzen Nachdruck verliehen und die abschreckende Wirkung des Strafenkatalogs erhöht werden.

[Neues Jugendstrafvollzugsgesetz]

Um die Rückfallquote jugendlicher Straftäter in Höhe von 78 Prozent zu senken sind im Entwurf für ein neues Jugendstrafvollzugsgesetz pädagogische Maßnahmen vorgesehen, die schon in der Untersuchungshaft beginnen sollen. Mittels einer intensiven, psychiatrisch gestützten Eingangsdiaagnose sollen psychische Defizite, Drogensucht oder Ausbildungsmängel erkannt werden. Im Haftfall wird der Schwerpunkt auf Ausbildung und Arbeit gelegt und, falls nötig, wird Deutschunterricht zur Pflicht. Hierzu sollen die Ausgaben für den Jugendstrafvollzug von 24 auf 29 Mio. Euro steigen und das Personal aufgestockt werden.





Einschätzung

[Spitzenposition trotz momentan schwachem Wirtschaftswachstum]

Hessen gehört eindeutig in die Spitzengruppe der Bundesländer. Nur im Zielgrößenbereich Einkommen verfehlt Hessen aufgrund des schwächelnden Wirtschaftswachstums im aktuellen Beobachtungszeitraum knapp den grünen Bereich. Grundsätzlich verfolgt das Land im Zentrum Deutschlands auch eine erfolgversprechende Politik. So liegt es in allen drei Aktivitätsbereichen in der grünen Fläche. Wenn es die eingeschlagene Konsolidierungsstrategie zielstrebig verfolgt und sich auf seine Kernkompetenzen beschränkt, dürfte es angesichts der guten Ausgangslage auch möglich sein, mittelfristig einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Dieser würde die Grundlagen schaffen, um auch in Zukunft wichtige Investitionen, insbesondere in den Standortfaktor Bildung und Humankapital, finanzieren zu können. Im nationalen wie im internationalen Standortwettbewerb kann ein Land durch gut ausgebildete Arbeitskräfte und eine gut ausgebaute Infrastruktur punkten. Über beides verfügt Hessen und zudem auch über Experimentierfreude und Offenheit, wenn es darum geht, das Land nach vorne zu bringen. So sollte es nur eine Frage der Zeit sein, bis Hessen auch beim Wachstum wieder vorne mitspielen kann.